



HESSISCHER LANDTAG

29. 04. 2010

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Unrechtsstaat DDR anerkennen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag missbilligt die von dem Abgeordneten van Ooyen in der Plenarsitzung vom 28. April 2010 vorgenommene Gleichsetzung von rechtsstaatlichen Ermittlungsmethoden der Polizei und des Verfassungsschutzes in unserem demokratischen Rechtsstaat mit den verbrecherischen Methoden der Staatssicherheit der DDR. Gleichzeitig distanziert sich der Landtag von den Äußerungen des Abgeordneten van Ooyen, dass der in diesem Plenum beschlossene Antrag betreffend Beratung von Opfern des SED-Regimes in Hessen weiter verbessern (18/2178) "dem Geist des kalten Krieges verhaftet bleibe". Der Landtag verwahrt sich zugleich gegen die Behauptung des Abgeordneten van Ooyen, dass in unserem Bundesland Hessen politisch Andersdenkende verfolgt worden seien.
2. Der Landtag fordert die Fraktion DIE LINKE dazu auf, endlich öffentlich anzuerkennen, dass die DDR eine Diktatur und ein Unrechts- und Willkürstaat war. Gleichzeitig erwartet der Hessische Landtag, dass die Fraktion DIE LINKE sich vom Unrechtsregime der SED und den politischen Verbrechen der ehemaligen Staatssicherheit der DDR distanziert. Als direkte Nachfolgeorganisation der SED hat die Partei DIE LINKE die Geschichte ihrer totalitären Parteidiktatur aufzuarbeiten.
3. Der Landtag fordert alle Parteien dazu auf, die fundamentalen Unterschiede zwischen unserem demokratischen Rechtsstaat und dem Unrechtsstaat DDR deutlich herauszustellen. Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes darf es keine politische Zusammenarbeit mit Parteien geben, die nicht ein zweifelsfreies Verhältnis zu Rechtsstaat, Demokratie und Freiheit haben.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 29. April 2010

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Wagner (Lahntal)

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch